

Verantwortlicher Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.

Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeilen ober oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Kleinanzeigen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: H. Wölfe, Gantenstein & Wögl, G. L. Daube, Invalidenbank, Berlin. Bernh. Arndt, Mar. Gerßmann, Gierfeld W. Thienes, Greifswald G. Jüles, Halle a. S. Jul. Ward & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner, Wilhelm Willems. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geim. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Zur Bewegung auf Kreta.

Die Blokade Kretas hat begonnen. Die Mächte haben beschlossen, ihre Vertreter in Athen nicht abzurufen. Die Kandidatur des Prinzen von Dänemark für den kretensischen Gouverneurposten ist fallen gelassen. Rußland hat den Erbprinzen von Montenegro zum Gouverneur von Kreta vorgeschlagen.

In einem offiziellen Wiener Bericht über die Okkupation Kretas schreibt der „Post. Lloyd“ Folgendes: Von welchem skandinavischen Projekt ausgegangen ist, daß jede Macht Zweitausend Mann nach der Insel schicken soll, wissen wir nicht, darüber aber kann kein Zweifel sein, daß der Plan auf einmütige Annahme kaum Aussicht hat. Oesterreich-Ungarn und Deutschland werden nicht teilnehmen. — Ueber das weitere Schicksal der Insel, insbesondere über die zugesagte Autonomie verläutet, daß die Mächte die Ausarbeitung des autonomen Status den Vorkämpfern in Konstantinopel überlassen, die über die Form und die Einzelheiten des neuen Regimes erforderlichenfalls auch die Pforte zu Rathe ziehen dürfen.

Im englischen Unterhause erklärte gestern der Parlaments-Untersekretär des Äußeren, Lord, der britische Vorkämpfer in Konstantinopel habe die Aufmerksamkeit der Pforte auf die traurigen Zustände in dem Distrikt von Pajos gelenkt. Auf Anregung des Vorkämpfers werde ein britisches Kriegsschiff nach der Küste, in der Nähe von Alexandria, gesandt werden; der britische Vize-Konsul werde vom Schiffe aus die verschiedenen Theile des Distrikts aufsuchen und Unterstellungen vorbringen.

Wie die Londoner Mäler melden, erhielten 600 Mann des Seaforth Highlanders Regiments, die gegenwärtig in Malta stehen, Befehl, nach Kreta abzugehen. Die Flotte vor Malta wird unverzüglich das kretensische Gewässer durchkreuzen.

Aus Kandia wird gemeldet, daß den Plünderungen am Montag auch das Weinlager des italienischen Konsuls zum Opfer fiel. Der Verdacht, die Plünderung verübt zu haben, lenkt sich auf türkische Truppen. Die Aufständischen unternehmen heute neue Vorstöße gegen die Zernichtungslinie. In verschiedenen Orten am Kreta finden seit Mittag harte und sehr blutige Kämpfe statt, woran über 3000 Aufständische Theil nehmen. Mehrere Tode und zahlreiche Verwundete sind bereits in die Stadt eingebracht. Der Panzer „Rodney“ wird den „Trafalgar“ abgeben.

Ueber das Unglück auf dem Panzerschiff „Cifford“ vor Kreta wird folgende amtliche Darstellung verbreitet: Beim Uebungsmanöver aus einem zwölfstündigen Übungsgelände wurden, wahrscheinlich in Folge schlecht zugedachten Übungsversuchs, durch herausgeschleuderte Untergewichte das Dach des Hinterdaches und der Turm selbst stark beschädigt. Hierbei wurden der Gehilfe des älteren Ingenieursmechanikers getödtet, ein Offizier sowie 14 Matrosen schwer und 3 Matrosen leicht verwundet. Von den Schwerverwundeten sind der Offizier und zwei Matrosen ihren Verletzungen erlegen.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser nahm gestern, nachdem die von der Kaiserin von Rußland dem 2. Garde-Regiment verliehenen Kesselpunkte auf dem Kaiserhofe überreicht waren, im Kreise des Offizierskorps des genannten Regiments das Frühstück im Kasino desselben ein. Der Kaiser hatte seinen Platz zwischen dem russischen Vorkämpfer und dem Oberleutnant von Kaste, ihm gegenüber saß der etatsmäßige Stabsarzt, Major von Stangen. In einer an die Offiziere gerichteten Ansprache hob der Kaiser die große Auszeichnung hervor, welche dem Regiment durch das prachtvolle Geschenk durch die Gnade der Kaiserin Alexandra zu Theil geworden und schloß mit einem dreimaligen Hurrah! auf die hohe Frau, das vom Trompeterkorps mit der russischen Nationalhymne begleitet wurde. Darauf ergriß der Kommandeur das Wort, dankte für die Auszeichnung, die vom Regiment stets in hohen Ehren gehalten werden solle, und trank auf die Gesundheit des Kaisers, die Musik spielte: „Heil Dir im Siegertranz“. Die neuen Pausen wurden gestern Nachmittag zum ersten Male gehalten, als die 2. Schwadron unter Führung des Kommandeurs Grafen von der

Schulenburg die Standarte um 4 Uhr nach dem königlichen Schloß abbrachte. Die Schwadron nahm dann die Pausen in die Kaserne mit zurück. Der Kaiser hatte bereits um 2 Uhr die Kaserne wieder verlassen. — Der Staatssekretär a. D. Dr. Herzog begibt, der „Post“ zufolge, am 20. d. M. in voller körperlicher Frische die Feier seines 70. Geburtstages. — Wie aus Wiesbaden, 16. März, gemeldet wird, befindet sich Prinz Georg von Preußen in Behandlung des Medizinalraths Dr. Jacobs, der eine leichte Massagekur verordnet hat. Die rheumatischen Schmerzen haben nachgelassen; der Prinz macht täglich Spaziergänge. Prinz Friedrich Karl von Hessen hat sich von Schloß Kumpheheim nach Dessau begeben, von wo er zu längerem Aufenthalt nach Berlin reisen wird. — Laut Hofbericht der „Karlsruher Zeitung“ ist Prinz Wilhelm fieberfrei, doch machen sich noch die Folgen der fatarialischen Affektion bemerkbar, so daß der Patient das Bett hüten muß und großer Schonung bedarf. — Der Landtag zu Meiningen hat in seiner Schluss-Sitzung das Gesetz zum Schutze der Kohlenkürer, welches das neue Lotteriegeld angenommen; ferner wurde der zu begründenden Morrhäuser-Gesellschaft für ein Korbhaus ein mit 3 Prozent verzinsliches, in zehn Jahren rückzahlbares Darlehen in Höhe von 25 000 Mark bewilligt. — In der gestrigen Sitzung des Landesausschusses zu Strassburg verlas bei der allgemeinen Erörterung der dritten Etatsberatung der Abgeordnete Jannet eine von sämtlichen lothringischen Abgeordneten unterzeichnete energische Erklärung gegen die vom Reichstagsabgeordneten Colbus in der Sitzung vom 25. Februar ausgeprochenen Angriffe gegen den Landesausschuß. Die Abgeordneten seien sich bewußt, ihre Pflicht und Schuldigkeit jederzeit getreu zu haben. Abgeordneter Dr. Betri sprach in gleichem Sinne namens der Ersäßer gegen die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Colbus, der seine Aufgabe darin erblicke, seine eigenen Landesteile in den Augen des ganzen deutschen Volkes herabzusetzen. Früher habe er sich vergebens bemüht, ein Mandat zum Landesausschuß zu erlangen, den er jetzt lächerlich zu machen suche und dessen Mitglieder er mit Absicht und Hebelung beschimpfe.

Deutschland.

Berlin, 17. März. Gegenüber dem Verfuhe, die Streichungen am Marine-Etat mit finanziellen Gründen zu rechtfertigen, bringen die „Berl. Pol. Anz.“ folgende offizielle Darstellung der Finanzlage:

„In der That nöthigt der Stand der Reichsfinanzen auf Grund des dem Reichstage bereits vorliegenden Zahlenmaterials zu dem Schlusse, daß die Reichsfinanzlage zur Zeit eine überaus günstige ist. Man wird sich erinnern, daß bereits das Jahr 1895/96 sowohl für das Reich als für die Bundesstaaten einen die Schätzung erheblich übersteigenden Ueberschuß geliefert hat. Ungleich günstiger noch gestaltet sich das laufende Finanzjahr. Schon jetzt sind die Schätzungen, welche der Staatssekretär Graf Posadowski am 30. November v. J. im Reichstage gab, längst überholt. Der Ueberschuß in dem eigenen Haushalte des Reiches stellt sich nicht auf 15—16 Millionen, wie damals angenommen wurde, sondern auf 30 Millionen, so daß, wenn gemäß dem Nachtragsetat 9 Millionen Mark zur Deckung andererfalls aus Anleihen zu bestreitender Ausgaben des laufenden Jahres Verwendung finden, doch immer noch 21 Millionen Mark dem Etat für 1896/97 zu Gute kommen. Die Ueberschüsse stellen 75 Millionen Mark mehr in Aussicht, als der Etat vorsieht. Davon fließen der Reichskasse nach dem Schuldentilgungsgesetze 50 Millionen zu, während den Bundesstaaten 25 Millionen verbleiben. Sie erhalten damit über die von ihnen erhopenen Materialumlagen hinaus noch 14 Mill. Mk. Von jenen 50 Millionen Mark sind zunächst 26 Millionen zu verwenden, um die Tilgungsumlage der im Etat für das laufende Jahr in dieser Höhe ausgedachten Anleihe zu erübrigen. Die laufenden Einnahmen des Jahres 1896/97 haben daher nicht nur zur Deckung aller Ausgaben des Jahres, einschließlich derjenigen 35 Mill., für welche Anleihen vorgesehen waren, ausgereicht, sondern sie liefern darüber hinaus einen für andere Zwecke verwendbaren Ueberschuß von 59 Millionen, von denen 45 Millionen auf das Reich, 14 Millionen Mark auf die Bundesstaaten ent-

fallen. Noch nie hat ein Rechnungsjahr im Reich annähernd so günstig abgeschlossen wie das laufende. Der Anleihebedarf im Reich stellte sich nach dem Etatsantrag einschließlich des Bedarfs für Referebedarfen auf 101 Millionen Mark. Davon gehen an Anleihen, welche, abgesehen von dem Marineetat an dem außerordentlichen Etat gemacht sind, ab und 5,6 Millionen Mark, wogegen ein Nachtragsetat von 2,8 Millionen in Aussicht steht. Es bleibt also, die Bewilligung aller übrigen Posten des außerordentlichen Etats vorausgesetzt, ein Anleihebedarf von rund 98 Millionen Mark übrig. Davon findet rund 1 Million Mark Deckung durch die Ersparnisse aus der Konvertierung. Weitere 24 Millionen Mark werden gedeckt durch den zu anderweiter Verwendung freien Ueberschuß des laufenden Jahres, sodaß also noch 73 Millionen Mark verbleiben. Nun sind Mehreinsparungen wieder in solcher Höhe zu erwarten, daß der Bedarf an Materialumlagen um 64 Millionen überschritten werden dürfte. Von dieser Summe fließen 75 Prozent oder 48 Millionen Mark nach dem Schuldentilgungsgesetze zur Reichskasse; um diesen Betrag wird sich also voraussichtlich der Anleihebedarf vermindern, sodaß dieser auf 25 Millionen Mark zusammenzuschrumpft. Auch wenn man davon abzieht, den etwaigen Ueberschuß der Reichshauptkasse nach dem Vorgange des erwähnten Nachtragssetzes zur Verwendung dieses Anleihebedarfs verfügbar zu machen, dürften daher die ordentlichen Einnahmen des nächsten Jahres nicht nur ausreichen, um jede Inanspruchnahme des Reichsredits zur Befriedigung aller einmaligen Ausgaben des vorliegenden Etats und Nachtragssetzes zu erübrigen, sondern auch noch einen Beitrag von 19 Millionen zu den Ausgaben für Referebedarfen liefern, während bisher noch niemals eine außerordentliche Ausgabe dieser Art und Höhe anders als durch Anleihen oder andere außerordentliche Einnahme gedeckt werden konnte. Die Finanzlage im Reich dürfte daher auch für 1897—98 so günstig sein, wie nie vorher. Insbesondere hat sich durch das Schuldentilgungsgesetz zu Lasten der Bundesstaaten um 34 Millionen gehoben, als nach dem Vorschlage der verbündeten Regierungen in Aussicht stand. Mit hin fließt der Reichskasse, nahezu der dreifache Betrag der Abfuhr: an dem Schiffsmaterial mit etwa 12 Millionen Mark zu. Auch dieses Moment fällt für Verringerung der Behauptung, daß die Reichsfinanzen die Bewilligung jener ersten Raten für die beiden strengen, den Uffo und das Torpedobootsboot nicht gestatten, schwer ins Gewicht.

— Dem Vernehmen der „R. A.“ nach legt die Regierung Werth darauf, nicht nur daß die Beamtensoldatenaufbesserung im Reich im Reichstag zur Verathung gelangt, sondern auch daß vor Allem die Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetze verabschiedet werden. Die Befristungsaufbesserung ist so formuliert, daß sie gesondert vom Etat erledigt werden kann und nicht dem entgegensteht, auch ohne sie bis zum 1. April den Etat vorfristigmäßig fertig zu stellen. Die Regierung hat die Absicht, den Reichstag noch über Ostern hinaus bis in den Mai hinein tagen zu lassen; man bezweifelt aber im Reichstag nach den Erfahrungen, die man bisher mit den kurzen Verhandlungen gemacht hat, daß sich nach den Osterferien auf längere Zeit ein beschlußfähiges Haus zusammenhalten lassen wird.

Italien.

Rom, 16. März. Eine weitere Abtheilung freigelegener Gefangener, bestehend aus zwei Offizieren, dem Ingenieur Capucci und 95 Soldaten, ist am 12. d. M. in Massawa eingetroffen.

Rumänien.

Botanga, 16. März. Der Finanzminister Branca hielt heute in einer zahlreich besuchten Versammlung seiner Wähler eine Rede, in der er nach einem Hinweis auf seine Thätigkeit seit seinem Antritt erklärte, daß er es sich für seine Aufgabe halte, in Gemeinschaft mit dem Schatzminister das Gleichgewicht des Staatshaushalts als die Grundlage des wirtschaftlichen Gedeihens des Landes durch geeignete Maßnahmen aufrecht zu erhalten. Nachdem der Minister als solcher die wiederbringenden Gegenstände der „ricchezza mobile“ und der Gebäudesteuer bezeichnet und erleichternde Maßnahmen auf dem Gebiete der indirekten Besteuerung in Aussicht

gestellt hatte, betonte er, daß eine von dem Grundbesitzer ausgehende Gerechtigkeit geleitete Finanzpolitik wesentlich zur Beseitigung der sozialen Gegensätze und dadurch zur Kräftigung des nationalen Lebens beitragen werde.

Arbeiterbewegung.

Berlin, 17. März. In einer gestern abgehaltenen Versammlung nahmen die ausgesprochenen Schuhmacher den Situationsbericht entgegen, aus welchem hervorgeht, daß der Verband Berliner Schuhfabrikanten beschloffen hat, nochmals eine dreigliedrige Kommission mit bindender Vollmacht zu ernennen, die bereit ist, mit einer gleichfalls mit bindender Vollmacht versehenen dreigliedrigen Kommission der Arbeiter vor dem Gewerbegericht zu verhandeln, die nur aus in Fabrikanten beschäftigten Personen besteht. Der Obmann der Agitationskommission, Willner, empfahl trotz einiger Bedenken die Annahme dieses Vorschlages. Der Vorsitzende des Ausschusses der Arbeitgeberbesitzer im Berliner Gewerbegericht Fabrikant Weigert erklärte: Es sei ein Fehler der Arbeiter gewesen, daß sie in der Sonntagsverammlung, statt den vor dem Gewerbegericht geschlossenen Vergleich einfach zu acceptiren, neue Forderungen gestellt hätten. Wäre dies nicht geschehen, dann hätten die ausgesprochenen die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen können und dann sei auch der viel angefeindete Revers hinfällig geworden. Der Redner empfiehlt auf's wärmste den neuen Einigungsversuch. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage zu, wählte drei Vertreter zu den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht, beauftragte sie aber, unter allen Umständen an der Forderung der Anerkennung der Organisation unter der Wiedereinstellung sämtlicher ausgesprochenen festzuhalten. In einer Resolution erklärte die Versammlung außerdem, daß, wenn bis Sonnabend, den 20. März, von den Arbeitgebern die Forderung, den Revers zu unterzeichnen, nicht zurückgezogen ist, der Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen wird und folgende weitere Forderungen gestellt werden: 1. 10prozentige Lohnerhöhung für sämtliche Arbeiter. 2. Befestigung sämtlicher Forderungen. 3. Abschaffung der Hausindustrie. 4. Anerkennung des von den Arbeitern geschaffenen Arbeitsnachweises.

Hamburg, 16. März. Nachdem alle Vermittlungsvorschläge der Arbeitgeber, ebenso diejenigen der Senatskommission seitens der sogenannten „Schwarzen Schauerleute“ (Kohlenarbeiter) verworfen worden sind, hat der Verein der Importeure englischer Kohlen den Kohlenarbeitern ein Schreiben des Inhalts zugehen lassen, daß von diesem Donnerstag, den 18. März, ab, nur solche Leute zur Arbeit zugelassen werden, welche den bekannten Revers und den Lohnzettel des Vereins vorher unterschrieben haben. In dem Revers sollten sich die nach Beendigung des Streites zur Arbeit zurückgekehrten Kohlenarbeiter u. A. verpflichten, in Ruhe und Frieden mit denjenigen ihrer Kollegen zusammen zu arbeiten, die während des Streikes die Arbeitsstätten nicht verlassen.

Köpenhagen, 16. März. Da der Maschinenarbeiter-Verband die Verhandlungen über die Lohnfrage abgebrochen hatte, verhängte der Vorsteher des Vereins dänischer Maschinenfabriken heute die Sperre über die Arbeiter sämtlicher Fabriken. Die Sperre umfaßt jedoch vorläufig nur die Hälfte der in den betreffenden Fabriken angestellten Maschinenarbeiter, d. h. etwa 700 Mann. In Fachkreisen glaubt man, daß die Sperre nächstens auf die sämtlichen 4000 Maschinenarbeiter Dänemarks ausgedehnt werde.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 17. März. Während der Illumination am 22. März werden die Treppen und Terrassen an beiden Seiten des Rathhauses von 8 Uhr Abends an für den öffentlichen Verkehr gesperrt. Für die Beleuchtung des Rathhauses sowie des Kaisers- und Friederichsdenkmals werden bereits Vorkehrungen getroffen, das Denkmal, dessen Aus schmückung mit Lichtkörpern, der Bedeutung des Festes entsprechend, besonders glänzend gedacht ist, wird mit einem Kranz von Gänseblättern umgeben. — Auch in der Friedenskirche zu Grabow wird am Anlaß der Hundertjahrfeier am Sonntag ein geistliches Konzert veranstaltet, zu welchem sich der Lehrer-Gesangsverein und der

Kirchenchor vereinigen, ferner haben Frau König Magnus und Herr Organist Drabandt ihre Mitwirkung freudig zugesagt. Dem Konzert ist um so mehr ein zahlreicher Besuch zu wünschen, als der Ertrag desselben zur Tilgung der Kirchenschuld bestimmt ist.

— Seit der Mitte des Jahres 1895 werden denjenigen weiblichen Versicherten, welche eine Ehe eingehen, sowie den Witwen und Waisen von verstorbenen Versicherten die Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung erlassen. Diese Beitragsbefreiung hat bereits einen beträchtlichen Umfang angenommen und dürfte sich wohl mit der Zeit noch weiter steigern. Im Jahr 1896 sind an rund 77 000 Personen Beitragsbefreiungen im Betrage von 1,9 Millionen Mark gezahlt, wovon auf die Befreiung in Fällen der Verheirathung 1,4 Mill. und auf Erstattungen in Todesfällen 0,5 Millionen entfielen. Namentlich die Zahl der weiblichen Versicherten, welche eine Ehe eingehen und die Beiträge zurückfordern, dürfte sich mit der Zeit noch beträchtlich steigern. Amtlicherseits sind Berechnungen über diese Zahl angestellt und es hat sich dabei ergeben, daß aus der Versicherungspflicht etwa 140 000 weibliche Versicherte jährlich auscheiden werden, während die Zahl der jährlich zu erwartenden Verheirathungsfälle für die Altersjahre 20 bis 69 auf etwa 180 000 anzunehmen ist. Ob alle heirathenden Personen die Beiträge zurückfordern werden, ist nicht gewiß. Wahrscheinlich wird die Zahl dieser zwischen den beiden angegebenen Zahlen liegen und sich auf etwa 160 000 belaufen. Aber wenn auch nur 140 000 Personen für die Rückzahlung in Frage kämen, so würde sich, da von der Mitte 1895 bis Ende 1896 überhaupt nur an 71 663 weibliche Versicherte Beiträge erlassen sind, die Zahl der letzteren in den nächsten 3 Jahren noch beträchtlich vermehren. Dasselbe ist der Fall mit den Witwen und Waisen von Versicherten. In der Zeit von Mitte 1895 bis Ende 1896 haben von diesen rund 19 000 Beiträge erlassen erhalten. Die zu erwartende Zahl ist aber auf rund 55 000 für ein Jahr berechnet. Sedenfalls wird bei den Ausgaben der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten in den nächsten Jahren die Beitragsbefreiung auf Grund der §§ 30 und 31 des Gesetzes eine noch größere Rolle spielen.

* Am Stadtgymnasium fand heute die mündliche Prüfung der Abiturienten statt und erhielten die sämtlichen 8 Examinanden das Zeugnis, 3 waren von der mündlichen Prüfung entbunden worden. Bei dem gestern am Marienstifts-Gymnasium abgehaltenen Maturitätsexamen bestanden gleichfalls die zur Prüfung gemeldeten 9 Oberprimaner ausnahmslos, 2 unter Erlass der mündlichen Prüfung.

— Die günstigen Erfahrungen mit der Verlängerung der Rückfahrkarten für das Ostern-, Pfingst- und Weihnachtstfest hinsichtlich der Abwicklung des Verkehrs vor und nach den Feiertagen haben den preussischen Eisenbahnminister veranlaßt, mit Rücksicht auf die Schutzferien in den verschiedenen Landesstellen die gewöhnlichen Rückfahrkarten von sonst kürzerer Dauer für das laufende Jahr wie folgt gelten zu lassen: Ostern 7. bis 27. April einschließlich, Pfingsten 4. bis 10. Juni einschließlich, Weihnachten 18. Dezember bis 6. Januar 1898. Es ist beabsichtigt, falls diese Einrichtung sich bewährt, sie zu einer dauernden zu machen, und nur jedes Jahr die Tage neu festzusetzen.

* Der Bezirksverein Oberwiehl veranstaltet aus Anlaß des 100jährigen Geburtstages Kaiser Wilhelms des Großen am Montag, den 22. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Christiani eine Feier, bestehend aus Konzert, Festrede und Ball. Gäste dürfen eingeführt werden, sind jedoch einem Vorkaufsmitgliede vorzuziehen.

* Gestern Abend gegen 8 Uhr wurde an der Eisenbahnstation hinter dem Grundstück Wühlensbergstraße 10 ein nengeborenes Kind mangelndes Geblüde lebend aufgefunden und in die Kinderklinik gebracht. Ein Bahnbedienter, der in dem unterhalb der Wohnung gelegenen Maschinenraum beschäftigt war, wurde durch Zufall von dem vorerwähnten Grundstück darauf aufmerksam gemacht, daß dort ein Kind verunglückt sein mußte, der Mann leuchtete alsbald mit einer Laterne die Wohnung ab und fand das nackte Knäbchen, das er sogleich in ein Tuch wickelte und einem Schutzmann übergab. Zweifellos liegt hier ein Mordver such vor, da das Kind über die ziemlich hohe Mauer des benachbarten Hofes auf den Abgang

Mittheilungen aus dem Grundbesitz.

Was beeinflusst den Werth einer Baustelle?

Zwei gleichgroße und in Gestalt gleiche Baustellen, die beide guten Baugrund haben, können bekanntlich je nach ihrer Lage von sehr verschiedenem Werth sein. In erster Linie kommt in Betracht, ob die Baustelle in Badegegend, kleiner Geschäftsgegend, Wohngegend oder Villengegend liegt. In Badegegend liegt die Baustelle, wenn die Nachbargebäude größere Parkterrassen, womöglich auch in dem oberen Stock Geschäfte, räume haben und die Straße stärkeren Verkehr besitzt, so daß auch für das neu zu erbauende Gebäude Bäder und Geschäftslokale mit Vortheil angeordnet werden können. In kleiner Geschäftsgegend würde die Baustelle liegen, wenn in der Nachbarhaft kleine Bäder und Kellerlokale üblich sind. In Wohngegend, sowie in Villengegend ist beides nicht der Fall und sind entweder zusammenhängende Wohngebäude, oder im letzteren Falle Villen die nächste Nachbarhaft, so daß auch auf der fraglichen Baustelle nur ein Wohnhaus oder eine Villa zu bauen rathlich erscheint. Außerdem giebt es aber noch so manches andere, was den Werth einer Baustelle beeinflusst, z. B. die Art der Bebauung der Nachbargrundstücke, ob solche mit eleganten oder einfachen Gebäuden bebaut sind, ferner, welcher Art die Gebäude sind, ob es Gebäude wie oben erwähnt oder Fabrik sind. In Bezug auf letztere ist zu berücksichtigen, ob der Nach aus den Fabrikthürsteinen die Nachbarhaft beim Deffnen der Fenster belästigen könnte, ob störendes Geräusch von Dampfmaschinen u. hörbar ist, oder ob gar den

Fabrikationsbetrieben überstreichende Dünste entweichen, wie z. B. bei chemischen Fabriken. Alle diese Dinge sind von einem vorrichtigen Käufer eines Bauplats sehr wohl in Erwägung zu ziehen, ebenso ob in der Gegend voransichtlich leicht zu vermieten ist. Sehr beliebt sind auch gute Aussicht und Sonnenseite. Einen weiteren Einfluß auf den Werth der Baustelle übt die Beschaffenheit der Straße aus. Gewöhnlich wird lebhaft, dabei möglichst geräumige Gassen bevorzugt, daher ist Asphaltpflaster am beliebtesten. Straßen ohne Ausgang, sogenannte Sackgassen, beeinflussen besonders an ihren Enden den Werth der Baustellen gar sehr. Sind große Verkehrsankanten, wie Bahnhöfe, in nächster Nähe oder in den äußeren Stadttheilen große Fabriken, in welchen viele Menschen beschäftigt werden, die vielleicht dort Wohnung zu nehmen haben, so kann dies eine Vertheiligung veranlassen, während viele große Lagerplätze und unbebaute Stellen eine Verringerung des Werthes der Baustelle bewirkt. Sehr oft hört man sagen, diese oder jene Straße ist mehr Werth geworden, sie hat jetzt Pferdebahn oder elektrische Straßenbahn erhalten. Dies ist ein nicht ohne weiteres als richtig zugubener Standpunkt. Die mit Straßenbahnen versehenen Straßen sind zwar, was ihre Grundstückspreise betrifft, meist die höher bewerteten, dies kommt aber meist daher, weil die Straßenbahngesellschaften in ihrem eigenen Interesse zur Bahnanlage die belebteren Straßen vorgehen. Durch Straßenbahnen werden die Entfernungen verkürzt und können dieselben daher wohl weit entgegen den Endpunkten Vortheil bringen, der Straße, in welcher sie fahren, bringen sie jedoch nur den Vortheil, daß sie dieselbe belebter erscheinen lassen. Ist es aber eine ohnehin schon belebte Straße, so sind die Bahnanlagen derselben oft sogar von Nachtheil und erscheint es daher am besten, diese Bahnen nicht in die aller-

beliebtesten Straßen zu legen, sondern in die ausgrenzenden, leicht zu erreichenden stilleren Straßen. Die Straßenbahnen sind ein gutes, nicht mehr zu entbehrendes Beförderungsmittel, aber sie hindern den freien Fahrverkehr und auch an sehr belebten Stellen die Personübergänge. Auch bringen sie den besten Straßen, den Lebensgegenden häufig nur Nachtheil, weil sie das Publikum zu schnell an den Geschäften vorbeiführen, so daß nur einzelne ausgewählte Geschäfte, meist die großen Warenhäuser, Vortheil davon haben. Zum Schluß ist noch zu erwähnen, daß gute Luft, besonders also die Nähe von Wald, großen Gärten oder Wasser, einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf den Werth einer Baustelle ausübt, weil diese Eigenschaften bei den Mietern einer Wohnung hoch angeschlagen werden, also eine bessere Rentierung des Gebäudes ermöglichen. Aus allem hier Gesagten ergibt sich, daß es gar nicht so einfach ist, den Werth einer Baustelle zu bestimmen.

(Zentralb. für Grstf. und Hyp.-Verk.)

Die Grundbuchordnung gegen den Bauschwindel.

Allen denen, die eine bessere Sicherung der Bauhandwerker gegen Uebervorteilung durch unlautere Häuser- und Grundstücks-Spekulanten erstreben, ist die Beachtung derjenigen Bestimmungen des neuen Entwurfs zu einer Grundbuchordnung für das gesamte Reich besonders zu empfehlen, welche von dem Recht der Einsichtnahme der Entragungen handeln. Der bezügliche Paragraph (10) des Entwurfs gestattet die Einsichtnahme der Entragungen nicht nur jedem, der ein rechtliches Interesse daran darlegt (in der Kommission des Reichstags wurde hierzu für der Wortlaut „berechtigtes Interesse“ angenommen), und zwar nicht nur für die Eintra-

gungen, sondern auch für die Urkunden, auf die bei den Entragungen Bezug genommen worden ist, sowie auch hinsichtlich der noch nicht erledigten Entragungen; außerdem wird auch die Aufzeichnung einer beglaubigten Abschrift zugelassen. Damit scheint uns allen billigen Anforderungen genügt zu werden, die in dieser Beziehung zu vertheilhaftig Einsicht in die Grundbücher mannigfachen Bedenken unterliegen mag, wegen der Möglichkeit eines Mißbrauchs der damit erlangten Kenntniss von den Vermögensverhältnissen der Besitzer zu Ausbeutungs- und Spekulationszwecken, so ist andererseits das Bedürfnis nach einem Wege, sich bei der Gewährung von Kredit in Form von Vorforderungen und Arbeiten für Bauzwecke zu informieren, so allgemein und unabweisbar, daß ein Modus gegeben sein muß, vermittlest dessen dies ohne große Weitläufigkeiten und erhebliche Kosten geschehen kann. In einzelnen Staaten war diese Möglichkeit stark beschränkt und nur den Advokaten derjenigen offen gelassen, welche Hypothekendarlehen geben wollten, auch waren die Formalitäten zur Erlangung der Aufschlüsse so weitläufig und mit so viel Kosten verbunden, daß es die größten Schwierigkeiten verursachte, um zum Ziele zu gelangen. Dies wird durch den neuen Entwurf erheblich gebessert. Nicht nur derjenige, der den Erwerb eines Grundstücks oder ein Recht an dem letzteren erstrebt, sondern auch jeder Andere, welcher einen Wertbeitrag beabsichtigt, soll in Zukunft als zur Einsichtnahme berechtigt gelten. Es ist, wie die Motive ausdrücklich hervorheben, dabei nicht nöthig, diese Berechtigung erst noch gerichtlich beglaubigt nachzuweisen, sondern es wird in das freie Ermessen des Grundbuchamts gestellt, die ausserrechtlichen Angaben des Antragstellers begründet erscheinen. Ob und inwieweit für die

Einsichtnahme Kosten zu entrichten sind, soll sich nach den Landesgesetzen über das Kostenwesen in Grundbuchsachen bestimmen. Dabei ist nur zu wünschen, daß dieses, insofern es etwa eine Regulierung erfordern sollte, unter Wahrung der Interessen minderbemittelter Handwerker und Lieferanten geschehen möchte. Außerdem ist aber in § 91 den Landesjustizverörden die Befugnis zur Anordnung vorbehalten, die Einsicht des Grundbuchs im weiteren Umfange zu gestatten, also auch nicht unmittelbaren Interessenten die Informationen über die Belastung von Grundstücken zugänglich zu machen, eine Bestimmung, die darum getroffen worden ist, weil in Gutsbezirgen, Gumburg und Lübeck die Grundbücher ohnehin schon jetzt zu Jedermanns freier Einsicht offen liegen und es wünschenswerth erschien, diesen Sogaten das dergestalt erweiterte Recht auch für die Folge zu erhalten. Beifällig bemerkt, scheint uns, daß, was ohne Schaden für die Definitivität bezu. für die Vetheiligten der Sache würde haben aufgenommen werden können, wenn durch Festsetzung eines höheren Kostenfußes für Anträge, die nicht aus besonderem berechtigtem Interesse gestellt werden, ein Zaun gegen unbefugte Neugier aufgerichtet worden wäre. — Nichtsdestoweniger glauben wir, daß die Vorschläge der Regierung im Wesentlichen ihrem Zweck entsprechen und geeignet sein dürften, die Willkür der Bauhandwerker zu befriedigen, wobei wir freilich die von uns schon öfter verneinend beantwortete Frage j. bei Seite lassen, ob überhaupt durch die im Bürgerlichen Gesetzbuch geflossene Sideritätshypothek eine wirksame Abhilfe gegen die Ausbeutung der Handwerker durch betrügerische Unternehmer geschaffen worden ist.

(D. Hausbes.-Ztg.)

